

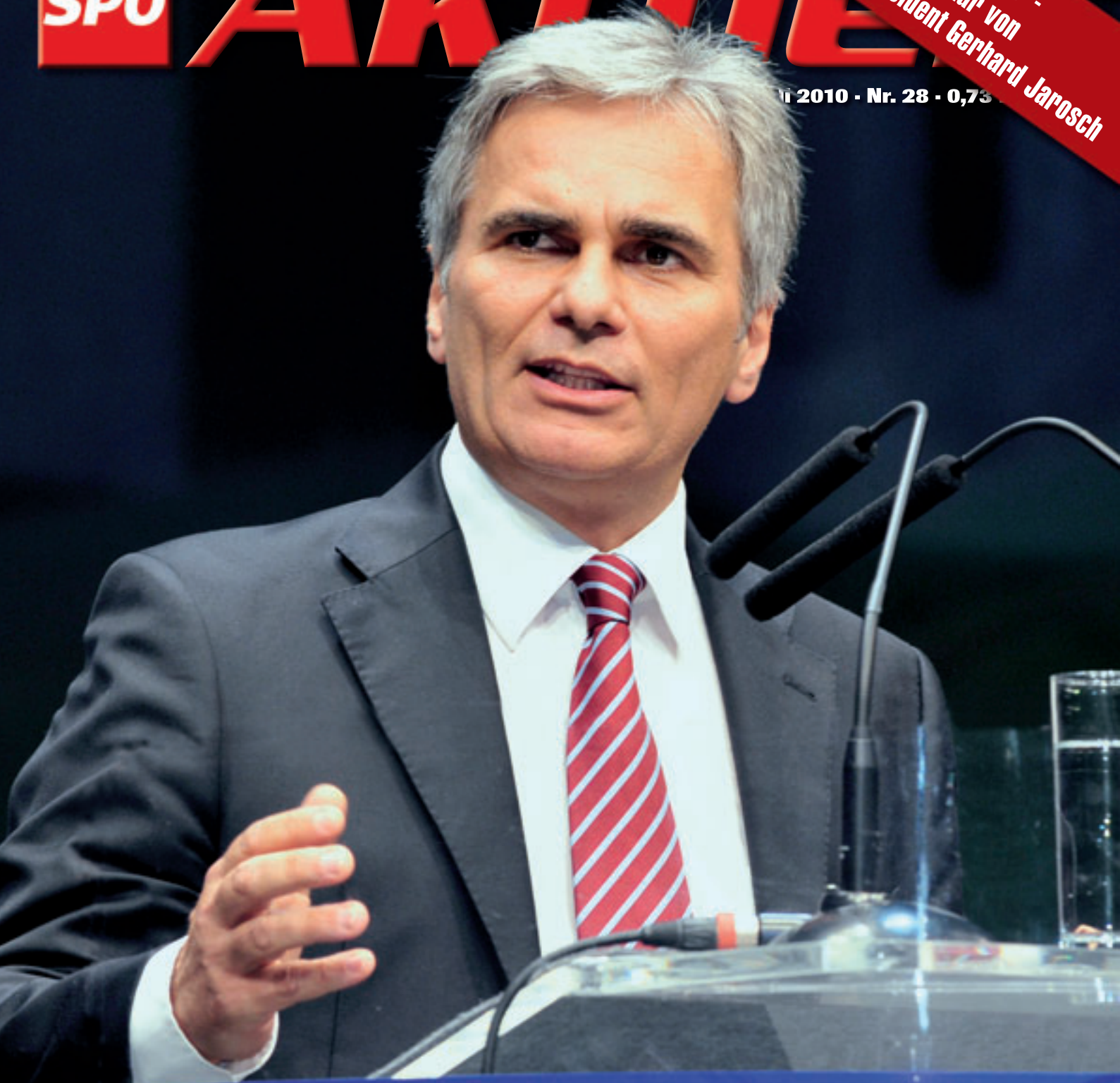
Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at

SPÖ

Aktuelle

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar von
Staatsanwälte-Präsident Gerhard Jarosch

11. 2010 - Nr. 28 - 0,73 €



Für mehr Gerechtigkeit:

Millionäre besteuern!

Der politische Herbst hat begonnen, „SPÖ Aktuell“ startet wieder voll durch und berichtet über die Neuerungen, die seit 1. September in Kraft sind. Wir bringen die wichtigsten Details über den sozialen Meilenstein „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“, über das verpflichtende, kostenlose Kindergartenjahr und die Gruppenpraxen.

Die Arbeitstagung des SPÖ-Präsidiums stand diesmal unter dem Motto „Gerechtigkeit. Sicherheit. Verlässlichkeit“. Dort wurde zu den sieben Punkten der SPÖ zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung mit der Vermögenssteuer ein achter Punkt mit Signalwirkung beschlossen. Denn für die SPÖ ist klar: Bevor Einkaufen, Tanken und Heizen für die Bevölkerung teurer werden, sind Millionäre in die Pflicht zu nehmen.

Mit den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien stehen zwei wichtige Wahlen an. Unsere Freunde in der Steiermark und in Wien haben einen fulminanten Wahlauftakt hingelegt. Und das mit voller Unterstützung der Bundes-SPÖ – allen voran Bundeskanzler, SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann. Die besten Fotos und alle Informationen zum Wahlauftakt in diesem Heft.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

SPÖ-Präsidiumsklausur und Verteilungsgerechtigkeit	4
Bedarfsorientierte Mindestsicherung	6
Gruppenpraxen	8
Justizgipfel	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Staatsanwälte-Präsident Gerhard Jarosch	14

THEMEN DER WOCHE

Agrarförderung – Größte Bezieher

Oktober 2008 - Oktober 2009 in Mio. Euro

Rauch Fruchtsäfte

7,21

Vereinigung österreichischer Rübenbauern

3,42

Agrana Zucker

3,41

Genussregion Marketing

3,25

Quelle: APA/Transparenzdatenbank.at | Grafik: SPÖ

Konzerne und Großbetriebe sind Subventionskönige

Bei den Agrarsubventionen gibt es eine extreme Schieflage in der Verteilung. Der Großteil der Subventionen geht an Konzerne und Großbetriebe. Für die Bundesvorsitzende der SPÖ-Bauern Monika Kaufmann ist klar: „Wir brauchen dringend ein gerechtes Verteilungssystem und eine bessere Förderung von Bergbauern.“ ♦

Mehr Untertitel im ORF

„Ein wichtiges Service für die rund 500.000 gehörlosen und hörbehinderten Menschen in Österreich“ – mit diesen Worten begrüßt SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig die Ausweitung des ORF-Untertitelungsangebots. Bereits seit 6. September wird das Angebot deutlich ausgebaut, zusätzliche TV-Formate werden auf der ORF-Teletext-Seite 777 mit Untertiteln angeboten, informiert Königsberger-Ludwig. ♦



Begsteiger

Für die SPÖ kommen Studiengebühren und damit zusätzliche Belastungen für die Studierenden nicht in Frage.

Klares Nein zu Studiengebühren

Eine klare Absage gibt es von der SPÖ an den Vorschlag von ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl, die Studiengebühren wieder einzuführen. Bildungsministerin Claudia Schmied betonte, dass die SPÖ für den Grundsatz „freies Studium für alle“ stehe. Und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl unterstrich: „Immer wieder tauchen vonseiten der ÖVP diverse Modelle auf, die großteils schon in der Zeit vor der Abschaffung der Studiengebühren bekannt gemacht wurden. An der Haltung der SPÖ freilich hat sich nichts geändert: „Ein klares Nein zu Studiengebühren“, so Kuntzl. Studiengebühren sind für Kuntzl auch deshalb abzulehnen, weil Österreich mehr und nicht weniger Akademikerinnen und Akademiker braucht. Zusätzliche Belastungen wären daher kontraproduktiv. ♦

Zitat der Woche

„Die Stärke unseres Landes ist, dass Reich und Arm nicht zu weit auseinander klaffen, wie in den meisten Ländern der Welt, wo es keine breiten Mittelschichten gibt.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Gleiche Startchancen für alle Kinder

Ab 1. September 2010 besuchen alle Fünfjährigen verpflichtend – und kostenlos – den Kindergarten. Das bringt unseren Jüngsten gleiche Startchancen.

SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier unterstreicht, dass das verpflichtende Kindergartenjahr viele Vorteile hat: Es bietet allen Kindern österreichweit gleiche Startchancen und es bewirkt, dass die Talente und Stärken der Kinder effektiv gefördert werden können. Besonders die Sprachförderung wirkt sich positiv auf den Schulstart der Kinder aus, weil so der Übergang zur Volksschule erleichtert wird, so Binder-Maier. „Je früher ein Kind beginnt, sich mit einer Sprache zu befassen, desto

leichter fällt es ihm, sie zu erlernen. Sprachdefizite, die sich nachteilig auf die gesamte Bildungskarriere auswirken, können auf diese Weise behoben werden“, erklärt die SPÖ-Familiensprecherin. Das verpflichtende Kindergartenjahr ist auch ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der Eltern und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. ♦

Talent- und Sprachförderung sowie beste Startchancen für unsere Kinder – das alles bringt das verpflichtende Kindergartenjahr.



Rigaud



STANDPUNKT

Es geht um ein Mehr an Gerechtigkeit

Der Arbeitsmarkt erholt sich, die Wirtschaftsdaten zeigen nach oben: durch kluges Gegensteuern konnten die Folgen der internationalen Finanzkrise in Österreich abgefedert werden. Nun geht es darum, den Aufschwung nicht zu gefährden und gleichzeitig das Budget zu konsolidieren.

„Bevor Lebensmittel teurer werden, sollen Vermögen über einer Million Euro besteuert werden.“

Im Jahr 2008, als sich die Regierung formierte, stand die Welt im Bann der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Börsenkurse ratterten scheinbar ungebremst nach unten, riesige Pensionsfonds in den USA standen vor dem Kollaps oder gingen tatsächlich pleite, Investmentbanken stürzten wie Kartenhäuser quasi über Nacht in sich zusammen. Die Krise schwappte rasch auf Europa über. In Österreich reagierte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung frühzeitig auf die Krise und agierte damit besonders verantwortungsvoll. Es wurde die Steuerreform vorgezogen und in Arbeitsmarktpakete investiert. Das Ergebnis beweist, dass Politik Handlungsspielräume hat.

Österreich hat den dritten Monat in Folge die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis der richtigen Prioritätensetzung der Bundesregierung. Unter Schwarz-Blau war die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ohne Krise höher als heute. Nun ist die Krise zwar noch nicht wirklich ausgestanden, doch machen die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten der vergangenen Monate Mut. Tatsächlich zeigen die Daten relativ steil nach oben. Und auch wenn jeder Arbeitslose einer zuviel ist, können wir stolz darauf sein, dass Österreich trotz Krise vergleichsweise gut da steht.

Nun geht es darum, dieses prognostizierte Wachstum nicht zu gefährden und



Es sollen auch jene einen Beitrag leisten, die die Krise mitverursacht haben.

gleichzeitig das Budget zu konsolidieren. Eine gewaltige Aufgabe. Die SPÖ hat schon vor dem Sommer ein umfangreiches Programm für mehr Verteilungsgerechtigkeit vorgelegt. Weil auch jene einen Beitrag leisten sollen, die die Krise mitverursacht haben, setzen wir uns für eine Bankenabgabe, eine höhere Stiftungsbesteuerung, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Reform der Gruppenbesteuerung ein. Weil wir die Kaufkraft nicht gefährden wollen und es ungerecht wäre, sind wir gegen höhere Massensteuern. Deshalb: bevor Lebensmittel teurer werden, sollen Vermögen über einer Million Euro besteuert werden.

„Wenn im heurigen Herbst also die Konsolidierung des Budgets diskutiert wird, wird unser Programm für mehr Verteilungsgerechtigkeit ein ganz zentraler Punkt sein.“

Wenn die Argumente fehlen, wird eine Neiddebatte angezettelt. Meist genau von jenen, die Alt gegen Jung aufhetzen oder Sozialhilfeempfänger gegen Stipendienbezieher. Bundeskanzler Werner Faymann hat es in seinem ORF-„Sommergespräch“ auf den Punkt gebracht: für eine Neiddebatte sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zu haben, uns geht es um ein Mehr an Gerechtigkeit. Die Stärke unseres Landes ist, dass die Kluft zwischen Reich und Arm nicht so groß ist wie anderswo, wo es keine breiten Mittelschichten gibt. Dennoch: 0,1 Prozent der heimischen Bevölkerung besitzen acht Prozent des gesamten Vermögens. Ebenso viel – oder besser gesagt eben so wenig – besitzen die Einkommensschwächsten 50 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher. Wäre es also gerecht, wenn zur Gegenfinanzierung der Wirtschaftskrise Massensteuern wie die Mehrwertsteuer angehoben würden? Nein.

Wenn im heurigen Herbst also die Konsolidierung des Budgets diskutiert wird, wird unser Programm für mehr Verteilungsgerechtigkeit ein ganz zentraler Punkt sein. Klar, mit einem Koalitionspartner ÖVP wird das keine ganz leichte Aufgabe. Doch wir stellen uns dieser Auseinandersetzung, weil sie richtungsweisend für die Zukunft unseres Landes ist. ♦

BUDGET

Millionäre in die

Damit die künftigen großen Herausforderungen in Österreich bewältigt werden können, müssen auch Vermögende einen Beitrag leisten. Deshalb hat Bundeskanzler Werner Faymann das SPÖ-Programm zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung um einen Punkt erweitert.

„Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch jene, die diese Krise mitverursacht haben, einen gerechten Beitrag zur Beseitigung der Folgen leisten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Der Wirtschaftsflügel des Koalitionspartners fürchtet sie bislang noch, für viele Länder in Europa, wie zum Beispiel Frankreich, Schweden oder Norwegen ist sie längst Realität: die Vermögenssteuer. Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann hat gemeinsam mit dem SPÖ-Präsidium das „7-Punkte-Programm“ der SPÖ zur einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung



Fotos: Astrid Knie

Die SPÖ-Federführung bringt Erfolge im Kampf gegen die Krise – darüber waren sich Bundeskanzler Werner Faymann, Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves bei der SPÖ-Präsidiumsklausur einig.

HINTERGRUND

8 Punkte für mehr Gerechtigkeit

Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise oder der Energiekosten, wie von der ÖVP vorgeschlagen, trifft nur Arbeitnehmer und Wenigverdiener. Deshalb will die SPÖ die Krisenverursacher in die Pflicht nehmen.

- ▶▶ Banken-Solidarabgabe
- ▶▶ Finanztransaktionssteuer (alternativ: Börsenumsatzsteuer in Österreich)
- ▶▶ Finanzvermögenszuwachssteuer (Spekulationsfristen streichen, Steuerschlupflöcher stopfen)
- ▶▶ Reform der Stiftungsbesteuerung
- ▶▶ Managergagen, Absetzbarkeit nur bis 500.000 Euro
- ▶▶ Reform der Gruppenbesteuerung
- ▶▶ Verhindern von Steuerhinterziehung bei Finanzgeschäften
- ▶▶ Steuer auf Vermögen über eine Million Euro

(siehe Kasten) um diesen Punkt erweitert. Sollten die Punkte zusammen mit den Sparmaßnahmen nicht ausreichen, sollen Vermögen über eine Million Euro besteuert werden. „Die, die mehr haben, sollen auch mehr beitragen“, so Faymann.

Konkrete Modelle dafür werden derzeit erarbeitet. Selbstverständlich zielt eine Besteuerung von Vermögenden nicht auf Sparbuchbesitzer und „Häuslbauer“ ab. Mit der Vermögensbesteuerung sollen jene Bevölkerungsgruppen in die Pflicht genommen werden, die es sich ohnehin leisten können und die in der Vergangenheit wenig bis gar nichts zum Budget beigetragen haben. Österreich gehört zu jenen Ländern, wo Arbeit besonders hoch und Vermögen besonders wenig besteuert werden – wie OECD-Studien bestätigen.

Budget auf Grundlage aktuellster Daten

Insgesamt beträgt der Konsolidierungsbe-

darf des Staatshaushaltes für das Jahr 2011 rund 2,8 Milliarden Euro. Das vereinbarte Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben beträgt 60 zu 40 – 1,1 Milliarden Euro sollen eingenommen und 1,7 Milliarden Euro durch Ausgaben senkungen konsolidiert werden. Bereits zum Zeitpunkt der Verhandlungen zum Finanzrahmen bis 2014 stellte Bundeskanzler Faymann klar, dass ein Kahlschlag im Sozialsystem für die SPÖ nicht in Frage kommt. Einnahmenseitig sollen jene in die Pflicht genommen werden, die die Krise mitverursacht haben – also Banken und Spekulanten. Ausgabenseitig soll der Konsolidierungsbedarf durch den Abbau von Doppelgleisigkeiten und Effizienzsteigerungen in der Verwaltung erreicht werden.

Grundsätzlich deutet vieles darauf hin, dass die Ausgangslage für die Budgetkonsolidierung günstig ist. Mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit (siehe Kasten zu Beschäftigung) innerhalb der EU und einem sich zunehmend stabilisierenden Wachstum

Pflicht nehmen

ZUM THEMA

Beschäftigung: Österreich ist „Europameister“

Der sechste Monat mit sinkender Arbeitslosigkeit ist zu verzeichnen – äußerst erfreulich, aber Entwarnung ist noch nicht angebracht.

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer hat Grund zur Freude: Österreich hat die europaweit niedrigste Arbeitslosigkeit aufzuweisen. Konkret sind 20.405 Menschen mehr beschäftigt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das bedeutet ein Minus von 8,5 Prozent bei der Arbeitslosigkeit und eine Gesamt-arbeitslosenquote von 3,8 Prozent. Selbst wenn man die Teilnehmer von Schulungen mitrechnet, hat Österreich ebenfalls ein absolutes Minus bei der Arbeitslosigkeit. „Wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Die diversen Maßnahmen und Programme zeigen Wirkung“, so Hundstorfer.

Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit (9,1 Prozent) steht Österreich im internationalen Vergleich ausgezeichnet da. Nur die Niederlande (8,1 Prozent) liegen besser. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Jugendarbeitslosigkeit um 8,3 Prozent gesunken.

Auch wenn der Sozialminister davon ausgeht, dass die Wirtschaftsforscher ihre verhaltenen Prognosen revidieren werden, warnt er davor, schon von einer anhaltenden Trendwende zu sprechen. So gibt es noch Skepsis, was etwa das Baugewerbe betrifft.



Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer: „Österreich ist auf einem sehr guten Weg.“

zählt die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zu den „Musterschülern“ Europas, wenn es um die Bewältigung der Krise geht. Um diesen Weg nicht zu gefährden, will die Regierung aktuellste Prognosen abwarten, um das Budget für 2011 zu beschließen.

„Gerechtigkeit. Sicherheit. Verlässlichkeit.“

Mit der SPÖ-Präsidiumsklausur, die unter dem Motto „Gerechtigkeit. Sicherheit. Verlässlichkeit.“ Anfang September in Wien

stattfind, stellte die SPÖ die inhaltlichen Weichen für den politischen Herbst. Im Zuge der Arbeitstagung gab Bundeskanzler Werner Faymann gemeinsam mit dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl und dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves eine Pressekonferenz zu aktuellen politischen Themen. Während der Kanzler sich auf die Bereiche Verteilungsgerechtigkeit und Budget konzentrierte, gaben Häupl und Voves einen Überblick über die zahlreichen erfolgreichen Beschäftigungs- und Konjunkturmaßnahmen ihrer Bundesländer. ♦



Der Kanzler machte auch beim ORF-Sommergespräch klar, dass jede Budgetmaßnahme auf ihre Beschäftigungs- und Konjunkturauswirkung überprüft werden muss.



Verteilungsgerechtigkeit stand im Zentrum der Beratungen der SPÖ-Präsidiumsklausur.

MINDESTSICHERUNG

„Eine Investition, die sich lohnt“

Seit dem 1. September gibt es die Mindestsicherung. Ein sozialpolitischer Meilenstein ist damit bereits in drei Bundesländern Realität – die anderen werden nachziehen.

„Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt und somit eine Hilfe zur Selbsthilfe.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Wir halten Ziele, die wir uns selbst gesetzt haben, ein“, so Bundeskanzler Werner Faymann. Deshalb ist mit 1. September die Mindestsicherung in Kraft getreten und wird in drei Bundesländern, nämlich in Wien, Niederösterreich und Salzburg sofort umgesetzt. In anderen Bundesländern soll die Mindestsicherung mit 1. Jänner rückwirkend ausgezahlt werden.

„Die Mindestsicherung bringt einen einheitlichen Mindeststandard der Sozialhilfe, einen einheitlichen Vermögensbegriff und eine einheitliche Vermögensverwertung. Sehr wichtig ist uns auch, dass die Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung eine E-Card bekommen und dass es bessere Leistungen für Alleinerzieherinnen gibt“, umriss Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Vorteile. Weiters ist mit der Mindestsicherung ein erhöhter Anreiz verbunden, wieder ins Erwerbsleben einzutreten. Es geht hierbei darum, in Menschen zu investieren. Die Mindestsicherung ist eine Investition, die sich sehr lohnt – sowohl betreffend der Arbeitsmarktintegration und



Mindestsicherung ist ein Sprungbrett in den Arbeitsmarkt: Arbeitsminister Hundstorfer beim gelungenen Pilotprojekt „step2job“ in Wien Floridsdorf.

der Verbesserung von Bildungsdefiziten als auch um gesundheitliche Verbesserungen herbeizuführen.

Neuberechnung der Nostandshilfe

Was mit 1. September bundesweit vollwirksam ist, ist die Neuberechnung der Notstandshilfe. „Diese Neuberechnung führt dazu, dass Betroffene zwischen 40 und 100 Euro mehr bekommen“, betonte

Hundstorfer. 80,2 Prozent der Bezieherinnen der Notstandshilfe erhalten dadurch mehr Geld und 56,9 Prozent der notstandshilfebeziehenden Männer. „In Summe gesehen sind es 69.000 Menschen, die ab sofort in allen Bundesländern eine Verbesserung der Notstandshilfe bekommen.“

AMS-Betreuung für Sozialhilfeempfänger

„Erwerbstätigkeit ist noch immer der beste Schutz vor Armut. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt und somit eine Hilfe zur Selbsthilfe“, unterstreicht SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits. Sozialhilfeempfänger werden mit Start der Mindestsicherung erstmals vom AMS betreut. „Damit können auch lange vom Arbeitsmarkt abwesende Menschen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben schaffen“, so Csörgits. Durch die enge datentechnische Vernetzung zwischen dem AMS und den Sozialhilfebehörden sei die Mindestsicherung außerdem missbrauchs-fester als die jetzige Sozialhilfe: „Strenge Überprüfungen, restriktive Rahmenbedingungen und mögliche Sanktionen machen die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für Missbrauch unattraktiv.“ ♦

NEUBERECHNUNG NOTSTANDSHILFE

Beispiele aus der Praxis

Langzeitarbeitslose Frau, alleinstehend, drei Kinder

vorheriges Einkommen:	monatlich 1.240 Euro
Notstandshilfe bis 31. August 2010:	monatlich 663 Euro
ab 1. September 2010:	monatlich 760 Euro

Leistungserhöhung **+97 Euro, das sind +15 Prozent**

Langzeitarbeitsloser Mann, verheiratet (Gattin verdient 648 Euro monatlich), bezahlt Unterhalt für zwei Kinder

vorheriges Einkommen:	monatlich 1.026 Euro
Notstandshilfe bis 31. August 2010:	monatlich 503 Euro
ab 1. September 2010:	monatlich 549 Euro

Leistungserhöhung **+46 Euro, das sind +9 Prozent**

ASYLVERFAHREN

Verfassungskonforme Lösung

Durch eine Einigung auf eine Mitwirkungspflicht für Asylsuchende und über die Schaffung eines Bundesamtes für Migration und Asyl kann der Vollzug des Fremdenrechts effizienter und somit rascher gestaltet werden.

Wer in Österreich um Asyl an- sucht, soll rasch wissen, ob er bleiben kann oder gehen muss. Das liegt sowohl im Interesse der Asylsuchenden als auch im Interesse der Republik Österreich“, fasst Verteidigungsminister Norbert Darabos den Nutzen einer Mitwirkungspflicht für Asylsuchende zusammen. Die zwischen Darabos und Innenministerin Fekter getroffene Einigung sieht vor, dass sich Asylsuchende für 120 Stunden für die Behörden zur Verfügung halten. „Je intensiver ein Verfahren abläuft, umso schneller besteht für Asylsuchende Klarheit“, so Darabos. Bundeskanzler Werner Faymann sieht das genauso: „Klare Regeln bringen rasche Gewissheit. Jeder, der Asyl beantragt, muss auch ein Eigeninteresse daran haben, diese Regeln zu beachten.“ Ein entscheidender Verhandlungserfolg von Mi-



Die Mitwirkungspflicht für Asylsuchende und das Bundesamt für Asyl und Migration werden den Vollzug des Fremdenrechts beschleunigen.

nister Darabos ist, dass ein – von Innenministerin Fekter gefordertes – verfassungswidriges, generelles Wegsperrn von Asylsuchenden für 28 Tage verhindert werden konnte.

Bundesamt für Asyl und Migration

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl sieht im künftigen Bundesamt für Asyl und Migration „einen echten Gewinn“. Bisher waren insgesamt 113 Behörden für den Vollzug von Fremden- und Niederlassungsrecht zuständig. „Diese Vollziehungspraxis ist weder effizient noch einheitlich“, so Pendl, der durch die Bündelung der Kompetenzen einen raschen, effizienten und einheitlichen Vollzug gewährleistet sieht.

AGRAR-FÖRDERSYSTEM

Änderungen dringend erforderlich

Das „Schwarzbuch Landwirtschaft“ von Hans Weiss zeigt auf, wie ungerecht Agrarförderungen in Österreich verteilt sind.

SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner nimmt das „Schwarzbuch Landwirtschaft“ von Hans Weiss zum Anlass, um auf die von der SPÖ seit Jahren geforderte Notwendigkeit von mehr Fairness bei den Agrar-Förderungen hinzuweisen: „Wenn täglich 12 Bauern aufgeben und im Gegenzug immer mehr landwirtschaftliche Großbetriebe und Konzerne entstehen, muss das aufrütteln. Das Fördersystem muss motivieren und gerecht sein – das ist es derzeit nicht!“ Bei der Erhaltung und Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben gehe es nicht um Selbstzweck, sondern um den Erhalt der Arbeitsplätze. Gefordert sei Verteilungsgerechtigkeit in der Landwirtschaft und Transparenz im Förderwesen.



564 Großbetriebe bekommen fast so viel Förderung wie 60.000 kleine Landwirte. Diese Art von Reichenförderung beschleunigt das Bauernsterben in Österreich.

JUSTIZ

Kampf gegen Internetabzocke und Telefonbetrug

„Internetabzocke und Telefonbetrug werden immer mehr zu einer Einkommensquelle kriminell agierender Personen“, stellt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fest.

Aus dem umfangreichen Forderungskatalog, den die SPÖ gegen diese Machenschaften ausgearbeitet hat, ist die wichtigste Maßnahme bei Telefonbetrug die absolute Nichtigkeit von Verträgen, die Verbraucherinnen und Verbraucher auf skrupellose Art und Weise untergejubelt werden. Gegen Internetabzocke fordert die SPÖ vordringlich ein unbegrenztes Rücktrittsrecht, falls der beiderseitige Wille, einen Vertrag abzuschließen, nicht ausreichend klar gemacht wurde.



Stärkeren Rechtsschutz für Opfer von Internetabzocke und Telefonbetrug fordern SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim, der Präsident des Pensionistenverbands Karl Blecha sowie FSG-Jugendvorsitzender Christoph Peschek.

GRUPPENPRAXEN

Qualitätsschub für die Menschen

Mit den Gruppenpraxen trat am 1. September die größte Strukturreform des Gesundheitswesens seit langem in Kraft. Die Qualität der ambulanten Versorgung der Bevölkerung wird dadurch erheblich verbessert; längere Öffnungszeiten erleichtern den Arztbesuch.



Fotolia

ambulanzen. Für die Patientinnen und Patienten bedeutet dies: „Lange Wartezeiten in den Abendstunden oder am Wochenende sind mit den neuen Gruppenpraxen Vergangenheit. Und wenn man eine Fachärztin oder einen Facharzt benötigt, wird man in Zukunft nicht mehr die Praxis wechseln müssen, sondern einfach eine Tür weitergehen können. Das ist ein enormer Qualitätsschub“, zeigt sich der Gesundheitsminister überzeugt.

Dem ab 1. September geltenden Gesetz gingen zahlreiche Verhandlungen mit Ärztekammer, Wirtschaftskammer, Hauptverband der Sozialversicherungsträger und Ländern voraus. „Ich bin stolz, dass es gelungen ist, mit allen Partnern ein zukunftsweisendes Modell auszuarbeiten. Der vorliegende Konsens wird eine bessere Versorgung in Österreich gewährleisten“, bekräftigt Stöger.

Gruppenpraxen ermöglichen den Patientinnen und Patienten kürzere Warte- und bessere Öffnungszeiten. Ärztinnen und Ärzte unterschiedlichster Fachrichtungen können unter einem Dach praktizieren.

„Die Ärzte GmbHs sind ein Meilenstein in der Verbesserung der medizinischen Versorgung – besonders im ländlichen Bereich.“

Sabine Oberhauser, SPÖ-Gesundheitssprecherin

Die rechtlichen Grundlagen für Gruppenpraxen sind ein historischer Meilenstein, der entscheidend zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Österreich beitragen wird. Es ist die erste echte Strukturreform des Gesundheitssektors seit langer, langer Zeit“, betonte Gesundheitsminister Alois Stöger anlässlich des Inkrafttretens des entsprechenden Gesetzes am 1. September. Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der ambulanten Gesundheitsversorgung“ ist es nun möglich, Gruppenpraxen in Form von Ärzte GmbHs zu gründen. „Das bietet den Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit zu neuen Kooperationsformen. Vor allem aber wird die ambulante Versorgung der Bevölkerung völlig erneuert: Gut ausgestattete Gruppenpraxen werden die Qualität der medi-

nischen Behandlung deutlich steigern“, so Stöger weiter.

Verschiedenste Ärzte unter einem Dach

Die Bevölkerung wird einerseits von einem noch niederschwelligeren Zugang zum Gesundheitssystem profitieren, andererseits kommt es zu einer Entlastung der Spitals-



Globe

„Die neuen Ärzte GmbHs bringen viele Vorteile für die Patientinnen und Patienten. Besonders in weniger dicht besiedelten Regionen und für Menschen, die nicht mobil sind, ist eine Ärzte GmbH eine enorme Erleichterung und wichtige Verbesserung in der Qualität ihrer Gesundheitsversorgung“, so SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser über den Start der neuen Gruppenpraxen. „Weiße Flecken in der Gesundheitsversorgung werden damit geschlossen“, zeigt sich Oberhauser erfreut. Wo bisher lange Anfahrtswege für verschiedene Facharztbesuche notwendig waren, wird durch Ärztekoooperation nun eine bessere, weil nähere, Versorgung garantiert. Fachärzte aus verschiedenen Gemeinden können etwa die Räumlichkeiten und die Infrastruktur der anderen Gesellschafter in den jeweils anderen Orten mitnutzen. ♦

„Oberstes Ziel ist es, die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu verbessern.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

ZIVILDIENTST

Novelle bringt neue Berufsperspektiven für Ex-Zivildienstler

Künftig stehen auch die Bereiche Polizei, Zoll, Justizwache und Bundesheer für ehemalige Zivildienstler offen. Eine militärische Basisausbildung ist dafür nicht zwingend nötig.



Die Polizei kann in Zukunft auf das Potenzial von ehemaligen Zivildienstlern zurückgreifen – eine sinnvolle Bereicherung.

Durch den Abbau alter Hürden schafft man neue Perspektiven für junge Menschen“, zeigte sich Verteidigungsminister Norbert Darabos

Soldaten. Darabos betont dabei, dass die Ableistung eines zusätzlichen viermonatigen Grundwehrdienstes nicht zwingend notwendig ist. Vorgesehen ist, dass der je-

zufrieden mit den Neuerungen im Zivildienstgesetz. Sie ermöglichen ehemaligen Zivildienstlern bis zur Vollendung des 28. Lebensjahres das Erlöschen der Zivildienstpflicht zu beantragen, um bestimmte Aufgaben im öffentlichen Dienst wahrnehmen zu können – etwa den Beruf eines Polizisten, eines Zollfahnders, eines Justizwachebediensteten oder auch den des

weils zuständige Bundesminister entscheidet, inwieweit im Rahmen der Ausbildung zum Polizisten, Zollfahnder oder Justizwachebediensteten eine militärische Ausbildung notwendig ist.

Auch die Exekutive profitiert

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl sieht in der Novelle vor allem auch Vorteile für die Exekutive: „Die Polizei kann nun auf das Potenzial dieser ehemaligen Zivildienstler zurückgreifen. Wo es um die Sicherheit geht, darf man es sich nicht erlauben, auf fähigen Nachwuchs zu verzichten.“

Der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich (SJ), Wolfgang Moitz, sieht eine langjährige SJ-Forderung verwirklicht und freut sich über das Ende der Diskriminierung ehemaliger Zivildienstler. ♦

VERKEHR

1 Jahr Sicherheitspaket

Seit einem Jahr ist das Verkehrssicherheitspaket von Verkehrsministerin Doris Bures in Kraft – und verbucht erste Erfolge: Den stärksten Rückgang bei Alkounfällen der letzten Jahre.

Mit dem Verkehrssicherheitspaket, das unter anderem ein Verkehrscoaching für Alkolenker und die Erhöhung der Strafen und der Führerscheinentzugsdauer für Raser und Alkolenker umfasst, konnte in den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 mit 244 Verkehrstoten ein Rückgang von 14,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Das ist das bisher absolut niedrigste Zwischenergebnis seit Bestehen der Statistik im Jahr 1961. Auch die Zahl der Alkounfälle konnte verringert werden. Ministerin Bures: „Wir haben mit dem Verkehrssicherheitspaket wichtige Schritte für mehr Sicherheit auf unseren Straßen gesetzt, die auch einen positiven Trend erkennen lassen. Wir haben klar gemacht, dass Alkohol am Steuer kein Kavaliersdelikt ist.“ ♦

Verbesserungen im Vormerkssystem sollen jetzt zusätzlich zu den erhöhten Strafen Wirkung zeigen – bei Geschwindigkeitsübertretungen von 40 bis 50 km/h außerorts ist eine Vormerkung vorgesehen.



Bilderbox

DR. KARL-RENNER-MUSEUM

Wo Geschichte lebendig wird

In vier spannenden Teilausstellungen bietet das Dr. Karl-Renner-Museum einen erkenntnisreichen Blick in die wechselhafte Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Das ehrenamtlich geführte Museum befindet sich in einer 1919 von Karl Renner erworbenen Villa in Gloggnitz, am Fuße des Semmerings. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter bedankte sich anlässlich seines Besuches bei den Mitarbeitern. „Auf wissenschaftlich einwandfreier Basis wird ansprechend und im besten Sinne populär die Persönlichkeit des zweifachen Republikgründers Dr. Karl Renner gewürdigt. Ich kann einen Besuch dieser großartigen Ausstellung in der schönen Stadt Gloggnitz mit Überzeugung empfehlen“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. ♦



z/vg

Bei ihrem Besuch im Dr. Karl-Renner-Museum: (v.l.n.r.) Organisator Adolf Csekits, VzBgm. Friedrich Wernhart (Gloggnitz), LAbg. Günter Kraft, LR Karin Scheele, Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und Obmann Prof. Josef Docekal.

JUSTIZ

Gipfelsieg für die Justiz

Ein von Bundeskanzler Werner Faymann einberufener Justizgipfel soll das Vertrauen in die Justiz zurückbringen. Ergebnis: 28 Millionen Euro für die personell überforderte Justiz und eine Diskussion über das Weisungsrecht der Justizministerin.

„Wir lassen die Justiz bei der Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität nicht im Stich.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Vergessene Ermittlungen bei den Strasser-E-Mails, erst nach Drängen vonseiten der SPÖ Einvernahmen von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser in der Buwog-Affäre, oder die mangelhaften Untersuchungen rund um die Hypo-Bank in Kärnten: Die Kritik an der Justiz nimmt seit Monaten zu – im Raum steht der Vorwurf der Zwei-Klassen-Justiz, genährt durch schleppende Ermittlungen und den politischen Einfluss aufgrund des ministeriellen Weisungsrechts. Der Umstand, dass die großen Wirtschaftsfälle immer komplexer und umfangreicher werden – so umfasst der Akt im Kärntner Hypo-Verfahren mittlerweile drei Millionen Seiten – und das Faktum, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften chronisch unterbesetzt und für hochkomplexe Wirtschaftsverfahren nicht ausgebildet sind, tragen zu einer oft extrem langen Verfahrensdauer bei.

Mehr Geld für die Justiz

In Reaktion auf die prekäre Lage der Justiz lud Bundeskanzler Werner Faymann zu einem Justizgipfel. Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die Justizministerin, der Finanzminister sowie Vertreter von Richtern und Staatsanwälten diskutierten über Lösungen. Das Ergebnis: Insgesamt 28 Millionen Euro mehr für die Justiz bis 2014 zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption. Damit können knapp 190 Planstellen finanziert werden. „Das Vertrauen in die Justiz ist eine der bedeutendsten Säulen in unserer Gesellschaft. Die Justiz kann sich darauf verlassen, dass wir als Regierung geschlossen zu und hinter ihr stehen – vor allem, wenn es um den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption geht“, betonte Faymann nach dem Treffen.



Bundeskanzler Werner Faymann, Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die Justizministerin, der Finanzminister, sowie Vertreter von Richtern und Staatsanwälten suchten und fanden Lösungen für die Justiz.

Generalstaatsanwalt statt ministerielles Weisungsrecht

Andiskutiert wurde beim Justizgipfel auch die von Fachkreisen und der SPÖ seit langem geforderte Änderung der Weisungsspitze der Staatsanwälte vom Justizministerium hin zu einem unabhängigen Generalstaatsanwalt.

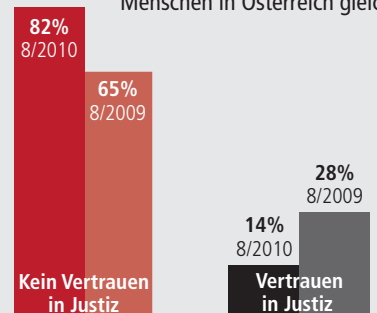
„Ein vom Parlament mit größtmöglicher Mehrheit gewählter Generalstaatsanwalt, der auch dem Parlament gegenüber verantwortlich ist, würde sicherstellen, dass die Justiz effizient und unabhängig von tagesspolitischen Diskussionen arbeitet“, so SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang das beharrliche Festhalten der Justizministerin an der derzeitigen Lösung. Schon deshalb, weil Bandion-Ortner als Standesvertreterin der Richter stets vehement das Modell eines Generalstaatsanwaltes gefordert hatte, erinnert Jarolim.

Ein Generalstaatsanwalt würde dafür sorgen, dass bei großen Wirtschaftsverfahren Schwerpunkte gesetzt und die Staatsanwaltschaft verstärkt würde „und zwar auch nach Maßgabe der vorhande-

nen Ressourcen“, so der SPÖ-Justizsprecher. „Eine solche Prioritätensetzung hätte ich mir von der Ministerin erwartet, nicht aber den ständig wiederholten Hinweis, sie greife nicht in die Justiz und die ihr unterstellte Staatsanwaltschaft ein.“ ♦

Rechtsprechung

Behandelt die Justiz alle Menschen in Österreich gleich?



Quelle: karnasin Marktforschung/Profi | Grafik: SPÖ

Kaum Vertrauen in die Justiz:

82 Prozent der Österreicher zweifeln daran, dass die Justiz unparteiisch ist. Nur noch 14 Prozent meinen, dass die Gerichte in Österreich alle Bürger gleich behandeln. Vor einem Jahr waren es noch doppelt so viele.

Sachbuch

Schwarzbuch Landwirtschaft

Hans Weiss, Spezialist für brisante Themen, hat nach den Ärzten nun bei den Bauern recherchiert und aufgedeckt, wie große Konzerne gefördert und kleine Bauern ruiniert werden.

Sein neues Buch „Schwarzbuch Landwirtschaft“ wird nicht nur bei Landwirtschaftsfunktionären und Raiffeisen für Aufregung sorgen. Weiss hat akribisch recherchiert und aufgeschrieben, was Agrar-Insider berichten: über Steuerprivilegien, Fördermillionen für Funktionäre, den hoch subventionierten Zuckermarkt, den Umgang mit widerspenstigen Milchbauern und darüber, wie die Politik Jahr für Jahr große Agro-Konzerne fördert und kleine

Bauern in den Ruin treibt. Hans Weiss wurde 1950 in Hittisau geboren und studierte Psychologie und Soziologie. Er lebt als freier Journalist und Buchautor in Wien. Weiss erhielt bereits mehrere journalistische Preise, zuletzt den Bruno Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch im Jahr 2004. Er hat mehr als ein Dutzend Bücher mit einer Gesamtauflage von fünf Millionen veröffentlicht, u.a. das „Schwarzbuch Markenfirmen“ und „Bittere Pillen“. ♦

Biographie

Simon Wiesenthal

Vom Tag seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Mauthausen an machte Simon Wiesenthal es sich zur Lebensaufgabe, NS-Verbrecher aufzuspüren und vor Gericht zu bringen.

Als Simon Wiesenthal im Alter von 97 Jahren in Wien starb, betrauerte die Welt einen unermüdlichen Kämpfer gegen das Böse. Hollywood verklärte ihn als Helden, aber er hatte zeit seines Lebens auch Ablehnung und Anfeindungen erfahren. Fünf Jahre nach seinem Tod legt nun der bekannte Historiker und Journalist Tom Segev die erste aus Originalquellen erarbeitete Biographie vor, enthüllt zahlreiche bisher unbekannte Tatsachen und erzählt ein-

drucksvoll das Leben des „Nazi-Jägers“, der selbst auch zeitlebens ein Verfolgter blieb. Anhand von zahlreichen Briefen und anderen, bislang unbekannten Quellen zeichnet Segev die faszinierende Biographie Simon Wiesenthals nach: Die höchst lebendige und spannende Lebensgeschichte eines überaus mutigen Mannes, der eine Reihe atemberaubender Aktionen initiierte und dabei fast ganz auf sich gestellt arbeitete. ♦

Weltgeschehen

Brennpunkte der Weltpolitik

In der atemlosen täglichen Berichterstattung geht verloren, dass alle weltpolitischen Ereignisse mehr oder weniger eng miteinander verbunden sind.

Der Konflikt im Nahen Osten hängt untrennbar mit den Zielen der Al-Kaida zusammen. Das iranische Atomprogramm steht unter genauer Beobachtung Israels, das jeden Moment zuschlagen kann. Welche Konsequenzen würden sich daraus ergeben? Wie sicher sind die Atomwaffen in Pakistan, wenn die Taliban dort für weitere Aufstände sorgen? Wie werden sich Russland und China in dieser Region verhalten? Wirtschaftspolitisch ist die Welt ohnehin im

Umbruch: Bedeutet die Finanzkrise das Ende der Vormachtstellung der USA? Wird China die neue Supermacht? Eugen Freund, langjähriger ORF-Auslandskorrespondent und hochangesehener Kommentator außenpolitischer Ereignisse, untersucht in diesem Buch die brennenden Fragen unserer Tage. Er ermöglicht ein besseres Verständnis der heute zunehmend unübersichtlichen Weltpolitik, indem er die vielfältigen Zusammenhänge herstellt. ♦

☐ Stk.


Hans Weiss:
Schwarzbuch Landwirtschaft. Die Machenschaften der Agrarpolitik.
Deuticke, Wien 2010;
176 S., 16,40 €

☐ Stk.


Tom Segev:
Simon Wiesenthal. Die Biographie.
Siedler Verlag, München 2010;
574 S., 30,80 €

☐ Stk.


Eugen Freund:
Brennpunkte der Weltpolitik. Wie alles mit allem zusammenhängt.
Verlag Kremayr & Scheriau,
Wien 2010; 192 S., 21,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen!
Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

„Wieder fünf gute Jahre für die Steiermark“



Noch nie ist in der Steiermark so viel weitergegangen wie unter Landeshauptmann Franz Voves.

„Gerechtigkeit hat in der Steiermark einen Namen: Franz Voves.“ Bundeskanzler Werner Faymann kam persönlich zum Wahlauftakt.

„Lieber Franz, wir stehen hinter dir.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Die Grazer Stadthalle war randvoll mit Unterstützern für Landeshauptmann Franz Voves und sein Team.



Bundeskanzler Werner Faymann, Steiermarks Landeshauptmann Franz Voves und Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sorgten für einen beeindruckenden Wahlauftakt der steirischen SPÖ.

Am 26. September stehen die Wahlen zum steirischen Landtag an. Die Zielvorgabe für Landeshauptmann und SPÖ-Landesparteivorsitzenden Franz Voves und sein Team ist klar definiert: „Wieder fünf gute Jahre für die Steiermark“, das war auch das Motto der großartigen Wahlauftakt-Veranstaltung. Mehr als

5.000 Gäste fanden sich zum „Startsignal“ für den Wahlkampf in der Grazer Stadthalle ein.

Als Höhepunkt der Veranstaltung trat Landeshauptmann Franz Voves an das Mikrophon: „Die Steirerinnen und Steirer dürfen nach der Wahl nicht wiedervon der destruktiven ÖVP-Streithanspartei geführt werden: Wir haben den Menschen in diesem Land in den letzten fünf Jahren gezeigt, dass unsere wunderschöne Steiermark keiner Partei gehört, sondern einzig und allein den Steirerinnen und Steirern,“ so Voves, der die Steiermark stärken und dabei weiterhin für soziale Harmonie sorgen möchte. ◆

DIE FAKTEN

Eckdaten der Landtagswahl

- **Termin:** 26. September 2010
- **Wahlberechtigt:** 966.901 Menschen
- **Mandate:** 56
(derzeit: SPÖ 25, ÖVP 24, KPÖ 4, Grüne 3)
- **Landesregierung:** 9 Sitze
(SPÖ 5, ÖVP 4)

WIEN

Jetzt geht's um Wien!



Mit stehenden Ovationen feuerte die Menge „ihren“ Bürgermeister an.

Wiens Nummer eins will die absolute Mehrheit halten: Bürgermeister und Wiener SPÖ-Parteivorsitzender Michael Häupl.

Bundeskanzler Werner Faymann sicherte Häupl Unterstützung zu.



Die Wiener SPÖ gab beim Landtags-Wahlauftritt vor einer imposanten Kulisse den Startschuss für ihre Intensivwahlkampfphase.

Über 7.000 Besucher waren gekommen, um ihre Unterstützung für den Wiener SPÖ-Vorsitzenden, Bürgermeister Michael Häupl auszudrücken.

Bei der Wien-Wahl geht es nicht nur um die Entscheidung für eine Person oder eine Partei, sondern „es geht um die Werte und die Haltung in unserer Stadt. Es geht um eine Entscheidung zwischen Zukunft und Vergangenheit!“, so der Wiener Bürgermeister Michael Häupl in seiner

Rede zum Landtags-Wahlauftritt. Danach folgten stehende Ovationen des Publikums. Neben Bundeskanzler Werner Faymann und Mitgliedern des SPÖ-Regierungsteams war sogar der amtierende Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, gekommen, um sich mit seinem Freund Michael Häupl zu solidarisieren. „Diese Stadt wird auf der ganzen Welt geschätzt und geliebt, weil sie diesen Bürgermeister hat“, so Delanoë. Bundeskanzler Werner Faymann strich in seiner Begrüßung Wiens internationale Vorbildrolle, wenn es um Lebensqualität, soziale Sicherheit oder etwa das friedliche Zusammenleben von Menschen aus den verschiedensten Ländern geht, hervor. ♦

DIE FAKTEN

Eckdaten der Landtagswahl

- » **Termin:** 10. Oktober 2010
- » **Wahlberechtigt:**
ca. 1,15 Mio. Menschen
- » **Mandate:** 100
(derzeit: SPÖ 55, ÖVP 18, Grüne 14, FPÖ 13)
- » **Landesregierung:** 14 Sitze (SPÖ 9, ÖVP 2, Grüne 2, FPÖ 1)



privat

Stärkt den Rechtsstaat!

Die Justiz steckt in einer Vertrauenskrise. Wege aus dieser skizziert Staatsanwalt Gerhard Jarosch.

„Die Weisungsspitze muss von einem Regierungsmitglied hin zu einer unabhängigen und angesehenen Institution übertragen werden.“

Die Justiz war im vergangenen Sommer in aller Munde, wieder einmal. Und wieder drehte sich die Diskussion an Stammtischen und im Blätterwald um einen Punkt: Vertrauen.

Das Vertrauen in Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Richterinnen und Richter und damit in einen funktionierenden Rechtsstaat als eine der Grundlagen unseres Gemeinwesens sinkt. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zu wenig Transparenz und die scheinbar zu lange Dauer der Ermittlungen in den Strafverfahren, die die Nation bewegen, sind zwei davon.

Um das erste Problem zu lösen, brauchen wir neue gesetzliche Grundlagen und eine professionellere Öffentlichkeitsarbeit. Die Menschen in unserem Land müssen erklärt bekommen, warum ein rechtsstaatliches Verfahren bei weitem komplexer ist, als die einfachen Geschichten in Boulevardblättern und bunten Magazinen. Und auch, warum die Justiz mitunter zu anderen Ergebnissen kommt als die Medien.

Zur Beschleunigung der Ermittlungsverfahren brauchen wir vor allem anderen mehr und besser ausgebildetes Personal. Auch hier tut sich einiges, die Bundesregierung hat nach einem Hilfeschrei der

Standesvertretungen der Justiz Geld für mehr Personal in die Hand genommen. Der Einsatz externer Experten soll vermehrt und die Fortbildung verstärkt werden. Obwohl diese Schritte erst nach einiger Zeit greifen werden und wir erst sehen werden, ob sie ausreichen, sind sie ein aktives Zeichen der Politik zur Stärkung der Justiz.

tisch alle Poster in den Internetforen nehmen es als gegeben hin, dass „die da oben“ es sich wohl richten könnten, auch und gerade in Strafverfahren. Obwohl dieser Glaube an der Realität meist vorbeigeht (so gab es in den letzten Jahren weniger als eine Hand voll Weisungen), schadet alleine der Anschein dem Vertrauen in Rechtsprechung und Politik.

Auch für dieses Problem gibt es eine naheliegende Lösung: Die Weisungsspitze muss von einem Regierungsmitglied hin zu einer unabhängigen und angesehenen Institution übertragen werden. Ob dies eine Person (Bundesstaatsanwalt) oder ein Gremium wie die bereits bestehenden Leiter der vier Oberstaatsanwaltschaften sein sollen, ist Geschmackssache. Wichtig ist bloß, dass die Weisungsspitze zu den höchsten richterlichen Ämtern befähigt sein muss, und dass sie unter Wahrung der größtmöglichen Transparenz für eine längere Periode (ohne Wiederwahl) bestellt wird. Zusätzlich brauchen wir einen Rat der Gerichtsbarkeit, der ohne politische Einflussnahme über die Karrieren des Justizpersonals entscheidet. Diesen gibt es in den meisten Ländern Europas bereits.

Wenn wir diese Punkte umsetzen, stärken wir das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Diskussion war längst überfällig, aber sie hat begonnen. ♦



Fotolia

Alleine schon der Anschein einer Zwei-Klassen-Justiz schadet dem Vertrauen in die Justiz.

Aber damit allein werden wir nicht alle Zweifel ausräumen, denn in der Debatte der letzten Monate erwachte ein Schreckgespenst, das seitdem über den meisten clamorösen Fällen schwebt: Die Zwei-Klassen-Justiz! Viele Kommentatoren und prak-

Gerhard Jarosch ist Erster Staatsanwalt in Wien, Vorsitzender des Zentralausschusses für die Staatsanwälte beim Bundesministerium für Justiz sowie Präsident der Vereinigung Österreichischer Staatsanwälte.

TERMINKALENDER

**Freitag, 10. 9. bis
Mittwoch, 3. 11.**

Ausstellung

Fotografieren ist neben Reisen und Politik die große Leidenschaft des Wiener SPÖ-Klubvorsitzenden, Gemeinderat Siegi Lindenmayr. Nach einer Vielzahl von Ausstellungen und Fotodiavorträgen widmet er sich in der gleichnamigen Vernissage dem Thema „Rot“ in all seinen Facetten. Die Farbe Rot zählt zu den auffälligsten Farben des gesamten Lichtspektrums und gilt nicht umsonst als „die“ Signal- und Warnfarbe schlechthin. Daneben steht Rot aber auch für Wärme und Energie, Freude und Leben, Liebe und Erotik. Die Ausstellung kann zu den Öffnungszeiten der VHS Alsergrund bei freiem Eintritt besucht werden.

Tel.: 01-317 52 43

info@alsergrund@vhs.at

Ort: VHS Alsergrund

Galileigasse 8

1090 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Johannes Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro



**Bildungsministerin Claudia Schmied
und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer**

Dienstag, 14. 9.

Bildungstalk III

Das Renner-Institut lädt zum 3. Bildungstalk, der „Die selbständige Schule – Verantwortung im Schulsystem“ thematisiert. Die Bildungstalks geben Gelegenheit zum Gespräch über bildungspolitische Zukunftsfragen. Sie sind Teil der von SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann ins Leben gerufenen Initiative „Österreich 2020. Neue Herausforderungen. Neue Antworten. Neue Allianzen.“ Ziel ist es, die Herausforderungen der Zukunft zu antizipieren und im Dialog sozialdemokratische Antworten zu entwickeln. Bildungsministerin Claudia Schmied spricht die Eröffnungsworte. Nach einer Keynote von Univ.-Prof. Ralph Grossmann, Leiter der Abteilung Organisationsentwicklung und Gruppendynamik der Universität Klagenfurt, diskutieren Grossmann, Bildungsministerin Claudia Schmied, SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer und Johanna Schwarz, Leiterin der HS Mattersburg

(Neue Mittelschule). Friedrich Graf-Götz vom Renner-Institut wird den Bildungstalk moderieren.

Information und Anmeldung:

Tel.: 01-804 65 01 - 0

Fax: 01-804 08 74

rauscher@renner-institut.at

Dauer: 18.30 Uhr – 21.00 Uhr

Museumsquartier – Ovalhalle

Museumsplatz 1 (Haupteingang)
1070 Wien

Montag, 20. 9.

Vortrag

Das Bruno Kreisky Forum lädt im Rahmen der Reihe Food & Politics zu einem Vortrag von Hans Weiss, Autor des „Schwarzbuchs Landwirtschaft“. Weiss hat akribisch recherchiert und aufgeschrieben, was Agrar-Insidern berichten: über Steuerprivilegien, den hoch subventionierten Zuckermarkt, den Umgang mit widerspenstigen Milchbauern und darüber, wie die Politik Jahr für Jahr große Agro-Konzerne fördert und kleine Bauern in den Ruin treibt. Michael Freund, Leiter des Media Communication Departments an der Webster University Vienna und Redakteur bei der Zeitung „Der Standard“ moderiert die Veranstaltung.

Anmeldung:

Tel.: 01-318 82 60 - 20

Fax: 01-318 82 60 - 10

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

NET NEWS

2010.wien.spoe.at

Neue Website zur Wahlkampagne der Wiener SPÖ

Zeitgleich mit dem Wahlauftritt am 4. September ging auch die neue Kampagnenseite der SPÖ Wien online, die wie die gesamte Wahlbewegung unter dem Motto „Jetzt geht's um Wien“ steht. Auf der neuen Seite gibt es neben dem Wahlprogramm auch Kampagnenmaterialien wie Kinospots, Flyer, Inserate und vieles mehr zum Ansehen bzw. zum Download. Ein „mashUP“ vereint alle

Online-Aktivitäten und Postings von den zahlreichen Initiativen der SPÖ Wien sowie auch Statements von interessierten Menschen, die diese via Facebook oder Twitter abgeben können. Weiters finden jene, die selbst im Wahlkampf aktiv werden möchten, eine Übersicht der Möglichkeiten, Bürgermeister Michael Häupl tatkräftig zu unterstützen. ◆





Kraft getankt ...

... hat Bundeskanzler Werner Faymann vor kurzem bei einer gemeinsamen Wanderung mit Journalisten im schönen Dachstein-Gebirge. Mit dabei waren u.a. auch Staatssekretär Josef Ostermayer und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Strom getankt ...

... haben die rund 100 E-Bikes, die das Tiroler Bergdorf Alpbach heuer bevölkerten. Infrastrukturministerin Doris Bures hat bei den heurigen Alpbacher Technologiegesprächen voll auf grüne Mobilität gesetzt.



Patenschaft

Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat vor kurzem die Patenschaft für den Schönbrunner Elefantenjungen „Tuluba“ übernommen. Es sei ihm sehr wichtig, auf diesem Weg den Tiergarten Schönbrunn zu unterstützen, meinte Hundstorfer. Mit im Bild: Tiergarten-Direktorin Dagmar Schratter.



Partnerschaft

Seit 25 Jahren sind die Österreichischen Lotterien und die Österreichische Sporthilfe Partner im Sport. Anlässlich dieses Jubiläumsjahrs betonte Sportminister Norbert Darabos: „Die Sporthilfe ist eine der tragenden Säulen der Sport-Förderung in Österreich“.

